

Wesentliche Änderungen

Fassung vom 20.06.2011:

- Neufassung der Fachlichen Hinweise zu § 16

Fassung vom 11.09.2006:

- Link auf das Intranet aktualisiert
- Gesetzestext aktualisiert

§ 16

Leistungen zur Eingliederung

(1) Zur Eingliederung in Arbeit erbringt die Agentur für Arbeit Leistungen nach § 35 des Dritten Buches. Sie kann die übrigen im Dritten Kapitel, im Ersten und Sechsten Abschnitt des Vierten Kapitels, im Fünften Kapitel, im Ersten Abschnitt des Sechsten Kapitels und die in den §§ 417, 421f, 421g, 421k, 421o, 421p und 421q des Dritten Buches geregelten Leistungen erbringen. Für Eingliederungsleistungen an erwerbsfähige behinderte Leistungsberechtigte nach diesem Buch gelten die §§ 97 bis 99, 100 Nr. 1 und 4, § 101 Abs. 1, 2 und 5, die §§ 102, 103 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 und die §§ 109 und 111 des Dritten Buches entsprechend. § 1 Abs. 2 Nr. 4, die §§ 36, 46 Abs. 3 und § 77 Abs. 3 des Dritten Buches sind entsprechend anzuwenden.

(2) Soweit dieses Buch nichts Abweichendes regelt, gelten für die Leistungen nach Absatz 1 die Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Dritten Buches mit Ausnahme der Verordnungsermächtigung nach § 47 des Dritten Buches sowie der Anordnungsermächtigungen für die Bundesagentur und mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Arbeitslosengeldes das Arbeitslosengeld II tritt. § 45 Abs. 3 Satz 3 des Dritten Buches gilt mit der Maßgabe, dass die Förderung aus dem Vermittlungsbudget auch die anderen Leistungen nach dem Zweiten Buch nicht aufstocken, ersetzen oder umgehen darf. Die Arbeitsgelegenheiten nach diesem Buch stehen den in § 421f Abs. 1 Nr. 1 des Dritten Buches genannten Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung und den in § 421g Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches genannten Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen gleich.

(3) Abweichend von § 45 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches können Leistungen auch für die Anbahnung und Aufnahme einer schulischen Berufsausbildung erbracht werden.

(4) Die Agentur für Arbeit als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende kann die Ausbildungsvermittlung durch die für die Arbeitsförderung zuständigen Stellen der Bundesagentur wahrnehmen lassen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Höhe, Möglichkeiten der Pauschalierung und den Zeitpunkt der Fälligkeit der Erstattung von Aufwendungen bei der Ausführung des Auftrags nach Satz 1 festzulegen.

(5) Die Entscheidung über Leistungen und Maßnahmen nach §§ 45, 46 des Dritten Buches trifft der nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder der nach § 6b Abs. 1 zuständige Träger.

§ 22 SGB III

Verhältnis zu anderen Leistungen

(...)

(4) Leistungen nach § 35, nach dem Ersten und Sechsten Abschnitt des Vierten Kapitels, nach den §§ 97 bis 99, 100 Nr. 1 und 4, § 101 Abs. 1, 2 und 5, den §§ 102, 103 Satz 1 Nr. 1 und 3, den §§ 109 und 111, § 116 Nr. 3, den §§ 160 bis 162, nach dem Fünften Kapitel, nach dem Ersten und Fünften Abschnitt des Sechsten Kapitels sowie nach den §§ 417, 421f, 421k, 421n, 421o, 421p und 421t Absatz 4 bis 6 werden nicht an oder für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des Zweiten Buches erbracht. Sofern die Bundesagentur für Arbeit für die Erbringung von Leistungen nach § 35 besondere Dienststellen nach § 367 Abs. 2 Satz 2 eingerichtet oder zusätzliche Vermittlungsdienstleistungen agenturübergreifend organisiert hat, erbringt sie die dort angebotenen Vermittlungsleistungen abweichend von Satz 1 auch an oder für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des Zweiten Buches. Eine Leistungserbringung an oder für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des Zweiten Buches nach den Grundsätzen der §§ 88 bis 92 des Zehnten Buches bleibt ebenfalls unberührt. Die Agenturen für Arbeit dürfen Aufträge nach Satz 3 zur Ausbildungsvermittlung nur aus wichtigem Grund ablehnen. Abweichend von Satz 1 werden die Leistungen nach den §§ 35, 46 Abs. 3, den §§ 102, 103 Nr. 1 und 3, den §§ 109 und 111 sowie dem § 223 Abs. 1 Satz 2 auch an oder für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne des Zweiten Buches erbracht, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

Sozialgesetzbuch (SGB)

Drittes Buch (III)

- Arbeitsförderung -

Erste Verordnung über die Erstattung von pauschalisierten Aufwendungen bei Ausführung der Ausbildungsvermittlung (Ausbildungsvermittlungs-Erstattungs-Verordnung),

AusbErstV

Vom 20. Dezember 2006

Auf Grund des § 16 Abs. 1b Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955), der durch Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 20. Juli 2006 (BGBl. I S. 1706) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

§ 1

Pauschalierung

Lässt die Agentur für Arbeit als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende als Auftraggeber die Ausbildungsvermittlung durch die für die Arbeitsförderung zuständige Stelle der Bundesagentur für Arbeit als Auftragnehmer wahrnehmen, erstattet sie dieser die notwendigen Aufwendungen in einem monatlichen Pauschalbetrag.

§ 2

Berechnungsgrundlage

- (1) Der monatliche Erstattungsbetrag errechnet sich, indem
1. die Anzahl der Ausbildungssuchenden, für die die für die Arbeitsförderung zuständige Stelle der Bundesagentur für Arbeit die Ausbildungsvermittlung im jeweiligen Monat für die Agentur für Arbeit als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende wahrgenommen hat,
 2. mit den durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen für die Ausbildungsvermittlung je Ausbildungssuchendem multipliziert wird.
- (2) Die für die Arbeitsförderung zuständige Stelle der Bundesagentur für Arbeit übermittelt die Anzahl der Ausbildungssuchenden nach Absatz 1 Nr. 1 an die beauftragende Agentur für Arbeit als Träger der Grundsicherung.
- (3) Die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen für die Ausbildungsvermittlung je Ausbildungssuchendem nach Absatz 1 Nr. 2 sind jährlich von der für die Arbeitsförderung zuständigen Stelle der Bundesagentur für Arbeit neu festzusetzen. Die Festsetzung erfolgt bis zum 30. Juni eines jeden Jahres und gilt jeweils ab dem 1. Juli des betreffenden Jahres.

§ 3

Fälligkeit des Erstattungsbetrages

Die Kostenpauschale im Sinne von § 2 Abs. 3 wird erstmalig für den Monat fällig, in dem der zugewiesene Jugendliche Bewerberstatus hat bzw. erhält. Die Abrechnung erfolgt monatlich nachträglich für die Gesamtzahl der Personen, die im Vormonat vom Auftragnehmer im Rahmen des Auftrags als Bewerber geführt wurden.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Inhaltsverzeichnis**Vorbemerkungen**

- 1. Allgemeines zu den Eingliederungsleistungen**
 - 1.1 Individuelle Voraussetzungen**
 - 1.2 Antragstellung**
 - 1.3 Mitwirkungspflichten**
 - 1.4 Einkommensberücksichtigung**
- 2. Übergreifendes zu § 16 Abs. 1**
 - 2.1.1 Pflichtleistungen (§ 16 Abs. 1 Sätze 1, 3 und 4)**
 - 2.1.2 Allgemeines zu Ermessensleistungen (§ 16 Abs. 1 S. 2)**
 - 2.1.3 Die einzelnen Ermessensleistungen**
 - 2.1.4 Teilhabe am Arbeitsleben (§ 16 Abs. 1 S. 3)**
 - 2.1.5 Leistungsverbot der Agentur für Arbeit und weitere Regelungen (§ 22 Abs. 4 SGB III)**
 - 2.1.6 Aufgabenübertragung an AA**
- 3. Leistungsgrundsätze gemäß § 16 Abs. 2**
- 4. Anbahnung und Aufnahme einer schulischen Ausbildung (§ 16 Abs. 3)**
- 5. Übertragung der Ausbildungsvermittlung (§ 16 Abs. 4)**
- 6. Zuständigkeit der BA (§ 16 Abs. 5)**
- 7. Leistungsberechtigte**
- 8. Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a**
- 9. Kerngeschäft der Jobcenter**

Vorbemerkungen

Die Fachlichen Hinweise zu § 16 sollen allen Akteuren vor Ort den gesetzlich vorgegebenen Rahmen für die Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erläutern. Ein weiteres Ziel ist, eine bundeseinheitliche, rechtmäßige Leistungsgewährung sicherzustellen.

Bereits bestehende Weisungen zu einzelnen behandelten Themen aus dem Bereich Markt und Integration sind in den Fachlichen Hinweisen der Übersicht halber gebündelt und verlinkt.

1. Allgemeines zu den Eingliederungsleistungen

1.1 Individuelle Voraussetzungen

(1) Das Jobcenter¹ erbringt unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit alle im Einzelfall für die Eingliederung in Arbeit erforderlichen Leistungen (§ 3 Abs. 1 S. 4 i. V. m. § 14 S. 3).

**Wirtschaftlichkeit
und Sparsamkeit
(16.1)**

(2) Nach § 3 Abs. 1 i. V. m. § 14 können Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbracht werden, soweit sie zur Vermeidung oder Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit für die Eingliederung erforderlich sind. Dabei sind die Eignung, die individuelle Lebenssituation - insbesondere die familiäre Situation -, die voraussichtliche Dauer der Hilfebedürftigkeit und die Dauerhaftigkeit der Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu berücksichtigen. Vorrangig sollen Maßnahmen eingesetzt werden, die die unmittelbare Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Die weiteren Leistungsgrundsätze sind zu beachten:

**Erforderlichkeit
(16.2)**

- § 3 Abs. 2 (für U25)

Es handelt sich hierbei um die sog. Sofortvermittlung (Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit) für Jugendliche, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

- § 3 Abs. 2a (für Ü58),

Mit dem Auslaufen der Regelung über den erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld II für 58-jährige zum 31.12.2007 soll durch diese Regelung eine bessere Eingliederung von älteren Menschen in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden, da sich diese mit Unterstützung des Jobcenters stärker um eine Eingliederung in Arbeit bemühen müssen. Dies soll durch eine verstärkte Vermittlung in Arbeit (vorrangig) oder in eine Arbeitsgelegenheit (nachrangig) geschehen.

¹ In den Fachlichen Hinweisen wird der Übersichtlichkeit wegen einheitlich der Begriff „Jobcenter“ verwendet. Der Begriff bezieht sich auf die gE nach § 44b und bis 31.12.11 auf die AAgAw.

- § 3 Abs. 2b (Handlungsbedarf bei deutschen Sprachkenntnissen)

Die Vorschrift ist eine Aufforderung/Hinwirkungsauftrag an die Jobcenter. Hintergrund ist, dass ausreichende deutsche Sprachkenntnisse eine wesentliche Voraussetzung zur Eingliederung in Arbeit sind. Weitere Informationen sind in den Fachlichen Hinweisen [Deutschförderung](#) enthalten.

(3) Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erfordern eine Prognoseentscheidung, die unter Würdigung sämtlicher Umstände des Einzelfalls vorzunehmen ist. Es muss zu erwarten sein, dass die Eingliederungsleistungen die Chance zur Eingliederung in Arbeit zumindest erhöhen.

**Prognose-
entscheidung
(16.3)**

(4) Das 4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit (4PM) als rechtskreisübergreifendes Geschäftsmodell unterstützt die Integrations-/Beratungsfachkraft in der Prognoseentscheidung, die auf Grundlage festgestellter Stärken und Handlungsbedarfe bezogen auf den angestrebten Zielberuf/die Zieltätigkeit eine passgenaue Handlungsstrategie bzw. ein Handlungsstrategiebündel zum Abbau der identifizierten Handlungsbedarfe durch konkrete Aktivitäten ermöglicht. Der Prozess des 4PM unterstützt so den gesetzlichen Auftrag sowie die darauf aufbauende geschäftspolitische Zielsetzungen zur Verbesserung der Eingliederung in Erwerbstätigkeit. Die individuelle Handlungsstrategie bzw. das Handlungsstrategiebündel soll in der Eingliederungsvereinbarung festgehalten werden (siehe [Fachliche Hinweise zu § 15](#)). Bei der Dokumentation der Handlungsstrategie bzw. des Handlungsstrategiebündels sind insbesondere die individuelle Erforderlichkeit der Aktivitäten sowie die zeitliche Perspektive von Eingliederungsleistungen aufgrund der Prognoseentscheidung zu dokumentieren.

**4PM
(16.4)**

(5) Eingliederungsleistungen können grundsätzlich nur an Berechtigte i. S. d. § 7 erbracht werden (siehe [Fachliche Hinweise zu § 7](#)). Daneben ist eine Weiterförderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit unter den Voraussetzungen des § 16g möglich.

**Berechtigte
(16.5)**

1.2 Antragstellung

(1) Im Grundsatz können alle Leistungen des SGB II nur auf Antrag erbracht werden (§ 37 Abs. 1). Eine Erbringung von Eingliederungsleistungen nach § 16 Abs. 1 von Amts wegen ist im SGB II, abweichend von § 323 Abs. 1 S. 3 SGB III, nicht vorgesehen.

**Antragstellung
(16.6)**

(2) Keiner Antragstellung bedarf es, wenn das Jobcenter selbst Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in der Eingliederungsvereinbarung anbietet bzw. zusichert.

(3) Bei der Antragstellung ist zu unterscheiden, wer die Leistungen erhalten kann (z. B. erwerbsfähige leistungsberechtigte Person, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Träger). Die jeweils Begünstigten haben die Antragstellung vorzunehmen.

(4) In der Regel ist eine vorherige Antragstellung erforderlich. Eine verspätete Antragstellung führt jedoch nicht dazu, dass der Anspruch abgelehnt wird, sondern, dass Leistungen vor Antragstellung nicht gewährt werden können. Dabei sind hohe Anforderungen an

die Erforderlichkeit/Notwendigkeit i. S. d. §§ 3, 14 zu stellen, insbesondere, wenn eine Arbeit, Ausbildung etc. ohne eine Förderzusage bereits begonnen wurde. Eine Rückwirkung auf den Ersten des Monats (§ 37 Abs. 2 S. 2) findet auf Leistungen zur Eingliederung in Arbeit keine Anwendung.

1.3 Mitwirkungspflichten

(1) Nach § 61 hat der Maßnahmeträger dem Jobcenter unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, Auskünfte über Tatsachen zu erteilen, die Aufschluss darüber geben, ob und inwieweit Leistungen zu Recht erbracht worden sind oder werden. Leistungserhebliche Änderungen und die Teilnehmerbeurteilungen sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Darüber hinaus ist der Maßnahmeträger verpflichtet, die Beurteilung des Teilnehmers unverzüglich dem Jobcenter zu übermitteln. Die Vorschrift dient dazu, die Rechtsmäßigkeit der Leistungserbringung sicherzustellen und versetzt das Jobcenter in die Lage, Maßnahmen der Eingliederung aktiv zu begleiten und bei Bedarf einzugreifen, um den Maßnahmenerfolg zu sichern. Daneben ermöglicht eine qualitative Rückmeldung über die teilnehmende Person eine passgenaue weitere Begleitung im Rahmen der Handlungsstrategie(n), insbesondere des Absolventenmanagements. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind zu berücksichtigen; Aktualisierung des Bewerberprofils, Aktualisierung der Integrationsstrategie(n) und folglich der EinV sind unverzüglich zu prüfen und vorzunehmen.

**Auskunftspflichten
Maßnahmeträger
(16.7)**

(2) Die Teilnehmer sind verpflichtet, auf Verlangen dem Jobcenter Auskunft über den Eingliederungserfolg der Maßnahme sowie aller weiteren Auskünfte zu erteilen, die zur Qualitätsprüfung benötigt werden (Auskunftspflicht - Nr. 1) und eine Beurteilung ihrer Leistung und ihres Verhaltens (Duldungspflicht - Nr. 2) durch den Träger zuzulassen (§ 61 Abs. 2 S. 1). Es handelt sich hier um besondere Mitwirkungspflichten. Vorrangig dient die Vorschrift dazu, dass die Jobcenter die Qualität der Eingliederungsleistungen kontrollieren. Daneben definiert es die Rechtspflicht, eine Verhaltensbeurteilung zuzulassen, die das Jobcenter für eine weitere passgenaue Begleitung im Rahmen der Handlungsstrategie(n) des 4PM nutzen soll.

**Auskunftspflichten
Teilnehmer
(16.8)**

(3) Sofern eine Auskunft von einem Maßnahmeträger vorsätzlich oder fahrlässig nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt wurde, ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 63 Abs. 1 Nr. 4 zu prüfen (siehe [Fachliche Hinweise zu § 63](#)). Die fehlende Mitwirkung der teilnehmenden Person (Auskunftspflicht) ist nicht von § 63 erfasst.

**Bußgeldvorschrift
Maßnahmeträger
(16.9)**

1.4 Einkommensberücksichtigung

(1) Eine Berücksichtigung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit als Einkommen bei den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist nach § 11a ausgeschlossen, soweit die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person die Begünstigte/der Begünstigte der Leistung ist (z. B. Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16d, Leistungen aus dem Vermittlungsbudget nach § 45 SGB III, Leistungen aufgrund einer Maßnahme nach § 46 SGB

**Keine Einkommens-
berücksichtigung
(16.10)**

III (die direkt an die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person erbracht werden), Einstiegsgeld nach § 16b, etc.).

(2) Eine Einkommensanrechnung über erzielter Arbeitsentgelt findet dagegen statt bei Förderung eines Arbeitgebers/Trägers. Hier ist nicht die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person die Begünstigte der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, sondern der Arbeitgeber oder Träger (z. B. Beschäftigungszuschuss nach § 16e, Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante nach § 16d, Eingliederungszuschüsse nach § 217 ff. SGB III, etc.).

(3) Mit der Änderung des § 9 Abs. 1 wurde klargestellt, dass Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit grundsätzlich nicht zur Hilfebedürftigkeit führen.

Ausnahme bei Arbeitgeber- und Trägerleistungen (16.11)

Hilfebedürftigkeit - Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit (16.12)

2. Übergreifendes zu § 16 Abs. 1

(1) Die Leistungen nach dem SGB III, die für erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II gewährt werden können, sind in § 16 Abs. 1 abschließend aufgeführt.

Verweis SGB III (16.13)

(2) Es ist zwischen Pflicht- und Ermessensleistungen zu unterscheiden.

Art der Leistungen (16.14)

(3) Die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die nach § 16 Abs. 1 durch das Jobcenter erbracht werden können, sind in der Übersicht in der [Anlage 1](#) dargestellt.

Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (16.15)

(4) Daneben ist in § 22 Abs. 4 S. 1 SGB III ein Verbot zur Erbringung von Leistungen an erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen im Sinne des SGB II für die Agentur für Arbeit (Rechtskreis SGB III) verankert. Die Vorschrift regelt, dass bestimmte Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben nicht zu Lasten der Versicherungsgemeinschaft für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II (durch die AA) erbracht werden (s. auch Kapitel 2.1.5.). Sie korrespondiert mit § 16 Abs. 1, der bestimmte Dienst- und Eingliederungsleistungen auch Beziehern von Arbeitslosengeld II zugänglich macht.

Leistungsverbot AA (16.16)

(5) Ausnahmen gelten für die in § 22 Abs. 4 S. 5 SGB III genannten Leistungen für Aufstocker (siehe [Rz. 16.49](#)).

Ausnahme Aufstocker (16.17)

2.1.1 Pflichtleistungen (§ 16 Abs. 1 Sätze 1, 3 und 4)

(1) Eine Pflichtleistung des SGB II ist das **Vermittlungsangebot** (§ 16 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 35 SGB III). Dieser Rechtsanspruch sieht eine sachgerechte vermittlerische Tätigkeit vor. Nicht verbunden damit ist der Anspruch auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Das Jobcenter hat die Arbeits- und Ausbildungsvermittlung (§ 35 SGB III) - auch an Aufstocker (siehe [Rz. 16.49](#)) - als Pflichtleistungen zu erbringen.

Vermittlungsangebot (16.18)

(2) Die Grundsätze der Vermittlung gem. § 36 SGB III sind entsprechend anzuwenden (§ 16 Abs. 1 S. 4). Folgende Leitsätze sind dabei zu beachten:

Grundsätze der Vermittlung (16.19)

- Es besteht ein Vermittlungsverbot, wenn ein Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis gegen ein Gesetz oder die guten Sitten verstößt (§ 36 Abs. 1).

**Vermittlungsverbot
(16.20)**

Ein Vermittlungsverbot besteht beispielsweise dann, wenn eine untertarifliche Entlohnung oder eine Entlohnung unter dem ortsüblichen Entgelt (Lohnwucher) gegen Gesetz oder gute Sitten verstößt. Auf die [Fachlichen Hinweise zu § 10 Rz. 10.02, 10.03](#) sowie auf die [GA Nr. 19/2010: Arbeitsvermittlung in Verbindung mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz \(AEntG\); Beachtung Mindestlöhne und zwingende Arbeitsbedingungen](#) (insbesondere Verzeichnis Mindestlöhne) wird Bezug genommen.

**Lohnwucher
(16.21)**

Den Jobcentern wurden mit der Weisung vom 10.03.2005 - [Durchführung der Arbeitsvermittlung für SGB II- und SGB III-Kunden im Bereich der Prostitution](#) (Nur für den Dienstgebrauch) sowohl eine Vermittlung als auch eine Förderung mit Eingliederungsleistungen im Bereich der Prostitution untersagt.

**Prostitution
(16.22)**

Diese Regelung wurde insbesondere für die Arbeitsvermittlung mit BSG Urteil vom 06.05.2009 (Az. B 11 AL 11/08 R, insbesondere Rz. 23, 24) bestätigt. Die analoge Anwendung dieses Urteils sowie der im SGB III - Bereich vereinbarten Rechtsauslegung ist nach Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem SGB II vorgesehen.

- Sofern der Arbeitgeber Einschränkungen für eine Vermittlung vornimmt, hat das Jobcenter zu prüfen, ob dies nicht ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG bzw. gegen das [AGG](#) darstellt. Liegt dies vor, muss das Jobcenter eine Vermittlung ablehnen (§ 36 Abs. 2).
- Eine Vermittlung hat grundsätzlich während eines Arbeitskampfes zu unterbleiben. Sofern die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person und der Arbeitgeber dies ausdrücklich verlangt, bedarf es eines Hinweises durch das Jobcenter auf den Arbeitskampf (§ 36 Abs. 3).
- Das Jobcenter ist nicht zur Prüfung verpflichtet, ob es sich beim Angebot um eine abhängige Beschäftigung handelt. Dennoch kann das Jobcenter auch auf selbständige Tätigkeiten hinweisen (beispielsweise bei Künstlern). Die Rz. [16.20](#), [16.22](#) gelten für selbständige Tätigkeiten entsprechend.

**Diskriminierungsverbot
(16.23)**

**Arbeitskampf
(16.24)**

**Prüfung der Beschäftigung – Hinweis auf Selbständigkeit
(16.25)**

(3) Die Ziele der Frauenförderung nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB III gelten analog (§ 16 Abs. 1 S. 4). Diese besondere Aufgabe der Jobcenter ist auch in § 1 Abs. 2 S. 3 i. V. m. Nr. 3 enthalten. Diesbezüglich wird auf mit § 18e eingeführte Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt hingewiesen (siehe auch [Gegenüberstellung der gesetzlichen Regelungen von Gender Mainstreaming und der Gleichstellung von Frauen und Männern im SGB III und SGB II](#)).

**Frauenförderung
(16.26)**

(4) Die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person hat einen Rechtsanspruch gegenüber dem Jobcenter auf Zuweisung zu einer Maß-

**Ausnahme: Rechtsanspruch § 46 SGB III
(16.27)**

nahme gem. § 46 SGB III, wenn sie sechs Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit noch arbeitslos ist (§ 16 Abs. 1 S. 4 i. V. m. § 46 Abs. 3 SGB III). Diesen Rechtsanspruch können Aufstocker auch bei der Agentur für Arbeit einfordern (siehe [Rz. 16.49](#)).

(5) Es besteht ein Rechtsanspruch auf Übernahme der Weiterbildungskosten zum nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Abschlusses (§ 16 Abs. 1 S. 4 i. V. m. § 77 Abs. 3 SGB III). Hierfür sind die Voraussetzungen des § 77 Abs. 1 SGB III (siehe [Arbeitshilfe FbW](#)) sowie eine positive Prognose zur erfolgreichen Teilnahme an der Maßnahme erforderlich.

**Rechtsanspruch
Hauptschulab-
schluss
(16.28)**

(6) Für behinderte erwerbsfähige Hilfebedürftige gelten die Regelungen zur Übernahme der Teilnahmekosten für eine Maßnahme und Kosten der Unterbringung (§ 16 Abs. 1 Satz 3 SGB II i. V. m. § 103 Satz 1 Nr. 3, § 109 und § 111 SGB III) - vgl. Rz 16.41.

2.1.2 Allgemeines zu Ermessensleistungen (§ 16 Abs. 1 S. 2)

(1) Die in § 16 Abs. 1 S. 2 genannten Eingliederungsleistungen des SGB III sind als Ermessensleistungen ausgestaltet („Sie kann...“). Dabei ist zwischen dem Entschließungsermessen („ob“) und dem Auswahlermessen (welche Eingliederungsleistung, welcher Leistungsumfang) zu unterscheiden.

**Entschließungs- und
Auswahlermessen
(16.29)**

(2) Bei den Ermessensleistungen hat die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person keinen Anspruch auf eine bestimmte Leistung, sondern es besteht ein Anspruch auf die pflichtgemäße Ausübung des Ermessens nach § 39 Abs. 1 SGB I.

**Umgang mit Ermes-
sensleistungen
(16.30)**

Beim Auswahlermessen sind die Leistungsgrundsätze des § 3 Abs. 1 zu beachten. Angemessene Wünsche der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person sind zu berücksichtigen (§ 3 Abs. 1 S. 2). Die im SGB III vorgesehenen Grenzen der Leistungshöhe dürfen nicht überschritten werden.

Das Ermessen ist fehlerfrei auszuüben. Folgende Ermessensfehler sind dabei zu unterscheiden:

**Ermessensfehler
(16.31)**

- **Ermessensnichtgebrauch** (= Ermessensunterschreitung bzw. -ausfall; z. B. wenn das Jobcenter bei einer Ermessensleistung kein Ermessen ausübt; auch bei einer Ablehnung muss das ausgeübte Ermessen nachvollzogen werden können),
- **Ermessensüberschreitung** (z. B. wenn sich die bewilligte Förderhöhe nicht im gesetzlich bestimmten Rahmen für das Ermessen bewegt),
- **Ermessensfehlgebrauch** (= Ermessensmissbrauch; z. B. wenn das Jobcenter sich von zweckfremden Erwägungen leiten lässt, die keinerlei Bezug zur konkreten gesetzlichen Eingliederungsleistung vorweist).

Daneben steht der Sonderfall einer **Ermessensreduzierung auf Null**. Das bedeutet, dass aufgrund bestimmter Umstände des Einzelfalles und nach dem Sinn und Zweck der Leistung nur noch eine einzige Ermessensentscheidung möglich/denkbar ist.

Wird ein Ermessensfehler festgestellt, so erfolgt im Allgemeinen eine Aufhebung des Verwaltungsaktes, der mit einer neuen Entscheidung verbunden wird (Änderungsbescheid). Das durch das Jobcenter neu ausgeübte Ermessen ist in geeigneter Form zu dokumentieren und im Bescheid darzulegen.

Zur Erstellung von ermessenslenkenden Weisungen wird auf den [Leitfaden für ermessenslenkende Weisungen](#) verwiesen.

(3) Die in § 16 Abs. 1 S. 2 aufgeführten Leistungen sind Ermessensleistungen und zwar auch dann, wenn sie nach dem SGB III als Anspruchsleistungen ausgestaltet sind.

**Keine Anspruchsleistungen
(16.32)**

2.1.3 Die einzelnen Ermessensleistungen

(1) Neben der allgemeinen Beratungspflicht für jeden Bürger zu Rechten und Pflichten (§ 14 SGB I), können Ratsuchenden erwerbsfähigen, leistungsberechtigten Personen und Arbeitgebern im Rahmen einer individuellen Beratung durch das Jobcenter oder den gemeinsamen Arbeitgeberservice (AGS), Auskünfte im Sinne der §§ 29, 30, 34 SGB III erteilt werden.

**Beratung
(16.33)**

(2) Die Eignungsfeststellung i. S. d. § 32 SGB III für Ratsuchende gibt, wie die ärztliche und psychologische Untersuchung und Begutachtung im Rahmen der Feststellung der Erwerbsfähigkeit i. S. d. § 8, Aufschlüsse über die Leistungsfähigkeit des Kunden. Sie dient allein vermittlerischen Belangen; konkret zur Feststellung der Berufseignung und Vermittlungsfähigkeit. Mit dieser Vorschrift werden nur Ratsuchende angesprochen (z. B. Sozialgeldempfänger die das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und eine Berufsberatung erhalten). Bei erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen findet diese Vorschrift in der Regel keine Anwendung, weil auch die vermittlerischen Belange im Rahmen der Einladung zur ärztlichen bzw. psychologischen Untersuchung (§ 59) geklärt werden können. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 62 SGB I.

**Vermittlerische Eignungsfeststellung
(16.34)**

(3) Die Potenzialanalyse kann gemäß § 16 Abs. 1 S.2 i. V. m. § 37 Abs. 1 SGB III auch im SGB II durchgeführt werden. Darüber hinaus dient sie der passgenauen Unterbreitung von Vermittlungsangeboten bzw. zur zielgerichteten Integration in Erwerbstätigkeit, die durch die Feststellung von Stärken und vermittlungsrelevanten Handlungsbedarfen (Erforderlichkeit im Sinne der §§ 3, 14) unterstützt wird. Das Profiling ist Voraussetzung für die Festlegung der bedarfsorientierten Handlungsstrategie(n) des 4PM, welche konkrete Leistungen zur Eingliederung in Arbeit empfehlen. Es ist damit zwingende Voraussetzung für den Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung gemäß § 15. Die spezialgesetzliche Regelung des § 15 schließt die Anwendung der Regelung zur Eingliederungsvereinbarung nach § 37 Abs. 2, 3 SGB III aus.

Profiling/Potenzialanalyse (16.35)

(7) § 38 Abs. 2 SGB III ist für arbeits- und ausbildungssuchende erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen bei der Erteilung von erforderlichen Auskünften und der Vorlage der erforderlicher Unterlagen entsprechend anzuwenden.

Einschränkungen durch die leistungsberechtigte Person zur Weitergabe von Unterlagen an namentlich benannte Arbeitgeber sind zu beachten.

Die Regelung zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (§ 38 Abs. 2 SGB III) gilt nicht, weil diese in § 56 SGB II spezialgesetzlich verankert ist. Gleiches gilt für die Verpflichtung zur rechtzeitigen Arbeitslosmeldung (§ 38 Abs. 1 SGB III); einer spezialgesetzlichen Regelung bedarf es hier nicht, da Arbeitslosigkeit keine Leistungsvoraussetzung im SGB II ist.

Eine Einstellung der Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung bei Pflichtverletzungen, insbesondere zur Erteilung von Auskünften und Vorlage von Unterlagen, ist aufgrund der Zielsetzungen („Fördern und Fordern“) des SGB II nicht möglich. Leistungsrechtliche Folgen können sich nur aus den in § 31 ff. genannten Pflichtverletzungen ergeben.

(8) Arbeitgeber haben bei der Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Jobcenters oder des gemeinsamen Arbeitgeberservice ebenfalls erforderliche Auskünfte zu erteilen und erforderliche Unterlagen vorzulegen (Mitwirkungspflicht nach § 39 Abs. 1 S. 1 SGB III; bei Verstoß kann die Vermittlung eingestellt werden). Einschränkungen zur Weitergabe von Unterlagen an namentlich benannte erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen sowie die Begrenzung des Vermittlungswunsches auf geeignete erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen sind zu beachten (§ 39 Abs. 1 S. 2 SGB III). § 39 Abs. 2 und 3 SGB III kann analog angewandt werden.

(9) Für die Beratung, Vermittlung und Berufsorientierung können Selbstinformationseinrichtungen (SIE) eingesetzt werden (§ 41 SGB III).

(10) Die Befragung/Datenerhebung von erwerbsfähigen, leistungsberechtigten Personen unterliegt den gleichen gesetzlich definierten Grenzen wie bei Arbeitgebern vor der Begründung eines Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisses (§ 42 S. 1 SGB III; z. B. Frage nach Schwangerschaft).

Die Ausnahmen sind in § 42 S. 2, 3 SGB III definiert. Daten zur Zugehörigkeit einer

- Gewerkschaft,
- Partei,
- Religionsgemeinschaft,
- und vergleichbaren Vereinigung (z. B. Bürgerinitiativen),

dürfen nur zum Zweck einer Vermittlung auf eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle

- in einem Tendenzunternehmen oder –betrieb (s. § 118 Abs. 1 S. 1 BetrVG – z. B. Verlagen, Zeitungen, Gewerkschaften

**Rechte und Pflichten
der ausbildungs- und
arbeitsuchenden er-
werbsfähigen leis-
tungsberechtigten
Personen
(16.36)**

**Rechte und Pflichten
der Arbeitgeber
(16.37)**

**SIE
(16.38)**

**Einschränkung des
Fragerechts
(16.39)**

und Gewerkschaftsverbände, privaten Schulen mit besonderer Charakteristika, Werkstatt für behinderte Menschen, etc.),

- in einer Religionsgemeinschaft oder in einer ihr gehörenden karitativen oder erzieherischen Einrichtung (z. B. kirchliche Kindergärten, Caritas, Diakonie, etc.),

erfolgen.

Weitere Voraussetzung ist, dass die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person bereit ist in einen solchen Arbeitsplatz vermittelt zu werden. Dies setzt eine Befragung und positive Äußerung im Vorfeld voraus. Ein Tendenzunternehmen oder –betrieb darf ein Stellengesuch nur dann einschränken, wenn dies bezogen auf den konkreten Einzelfall gerechtfertigt ist (z. B. erfordert es keinerlei besonderer Einschränkungen für eine Hausmeisterstelle in einem Theater).

Der [Sozialdatenschutz](#) ist zu beachten.

(11) Die Beratung und Vermittlung ist in analoger Anwendung unentgeltlich durchzuführen (§ 43 Abs. 1 SGB III).

**Unentgeltlichkeit
(16.40)**

2.1.4 Teilhabe am Arbeitsleben (§ 16 Abs. 1 S. 3)

(1) Die in § 16 Abs. 1 S. 3 aufgeführten Leistungen zur Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind entsprechend anwendbar. Die allgemeinen oder besonderen Leistungen zur Teilhabe nach dem SGB III behalten daher ihren Rechtscharakter. Dies bedeutet, dass Ermessens- und Anspruchsleistungen des SGB III auch als solche im SGB II definiert sind.

**Rechtscharakter
(16.41)**

(2) Gemäß § 6a S. 1 SGB IX ist die Bundesagentur für Arbeit (BA) der Rehabilitationsträger für behinderte erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen, sofern nicht ein anderer Rehabilitationsträger zuständig ist. Unabhängig von dieser gesetzlichen Festlegung hat das Jobcenter grundsätzlich für diese Personen die Leistungsverantwortung und durchgängig die Integrationsverantwortung nach § 16 Abs. 1. Sollte ein anderer Rehabilitationsträger zuständig sein, gilt ein grundsätzliches Leistungsverbot. Die Leistungsverantwortung umfasst die Bewilligung und Finanzierung der Leistungen und Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben aus dem Eingliederungstitel.

**Rehaträgerschaft BA;
Leistungs-/Integrationsverantwortung
(16.42)**

(3) Zu den Verantwortlichkeiten und zum Verfahren wird auf das [Intranetangebot Reha](#) verwiesen. Als [Anlage 2](#) (ohne Alg-Aufstocker) und [Anlage 3](#) (für Alg-Aufstocker) wurden die Leistungsverpflichtungen der gE bzw. der AA aktualisiert abgebildet.

**Allgemeines Verfahren Reha, Leistungsumfang und Sonderregelung
(16.43)**

Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung des Jobcenters einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht, können die Jobcenter den Antrag stellen, sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen (§ 5 Abs. 3).

Als Sonderregelung nach § 22 Abs. 2 S. 2 SGB III ist zu beachten, dass für schwerbehinderte erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen Eingliederungszuschüsse nach § 219 SGB III und Zuschüsse

zur Ausbildungsvergütung § 235a SGB III auch dann erbracht werden können, wenn ein anderer Leistungsträger zur Erbringung gleichartiger Leistungen gesetzlich verpflichtet ist oder Leistungen erbringt. In diesem Fall werden die Leistungen des anderen Leistungsträgers angerechnet.

(4) Das Jobcenter kann nach §§ 88 bis 92 SGB X die Agentur für Arbeit mit der Ausführung der Leistungsverpflichtungen für Rehabilitanden beauftragen. Das betrifft nur die administrative Reha-Sachbearbeitung. Dazu ist eine Verwaltungsvereinbarung abzuschließen (siehe [HEGA 12/06 - 06](#)). Die Durchführung der oben beschriebenen Leistungs- und Integrationsverantwortung kann nicht übertragen werden.

Aufgabenübertragung Reha-Sachbearbeitung (16.44)

2.1.5 Leistungsverbot der Agentur für Arbeit und weitere Regelungen (§ 22 Abs. 4 SGB III)

(1) § 22 Abs. 4 S. 1 SGB III zählt die Leistungen auf, die nicht an erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen, d. h. Leistungsbe-rechtigte nach dem SGB II, durch die Agentur für Arbeit erbracht werden können. Die Vorschrift korrespondiert mit den in § 16 Abs. 1 aufgezählten Leistungen. Besonderheiten gelten für die in § 22 Abs. 4 S. 5 SGB III genannten Leistungen (s. [Rz. 16.49](#)).

Leistungsverbot AA (16.45)

Die Agentur für Arbeit kann neben dem Jobcenter folgende Leistungen erbringen:

Ausnahmen für AA (16.46)

- Alle im Dritten Kapitel des SGB III genannten Beratungs- und Vermittlungsleistungen z. B. nach § 33 SGB III für Schüler, die Maßnahmen zur Berufsorientierung erhalten (Ausnahme: Vermittlungsangebot nach § 35 SGB III)
- § 421q SGB III Erweiterte Berufsorientierung zu § 33 S. 3 - 5 SGB III
- § 421g SGB III Vermittlungsgutschein; jedoch bedarf es hierfür der Anspruchsvoraussetzung des Arbeitslosengeldbezuges, weshalb auf die Ausführungen unter der [Rz. 16.49](#) verwiesen wird

Ein Verweis auf vorrangige Leistungen bei der Agentur für Arbeit i. S. d. § 5 ist seitens des Jobcenters nicht möglich, weil Ermessensleistungen nicht deshalb versagt werden dürfen, soweit das SGB II auch entsprechende bzw. gleiche Leistungen vorsieht (§ 5 Abs. 1 S. 2). Die Integrationsverantwortung liegt ohnehin bei den Jobcentern.

Daneben besteht für die Agentur für Arbeit ein Leistungsverbot für erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen für die Leistungen

- des Übergangsgeldes bei Teilhabe am Arbeitsleben (§ 116 Nr. 3 SGB III i. V. m. §§ 160 - 162 SGB III); die Ausnahme stellen hierzu die Aufstocker dar, weshalb auf die [Rz. 16.49](#) verwiesen wird.

(2) Nicht vom Leistungsausschluss nach § 22 Abs. 4 SGB III umfasst ist die Berufsausbildungsbeihilfe nach § 59 SGB III (bedarfsabhängige Geldleistung), die bei Ausbildungen in anerkannten Aus-

Ausschlüsse nach § 7 Abs. 5, 6 (16.47)

bildungsberufen und für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen von der Agentur für Arbeit erbracht wird. Einen Rechtsanspruch hat die Agentur für Arbeit zu prüfen. Das Jobcenter hat den Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 5 sowie die Ausnahmevorschrift des § 7 Abs. 6 zu bewerten (siehe [Fachlichen Hinweise zu § 7](#) Rz. 7.83a, 7.84). Bezüglich der Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit durch das Jobcenter an diesen Personenkreis wird auf die [Rz. 16.64 ff.](#) verwiesen.

(3) Die BA hat gemäß § 22 Abs. 4 S. 2 SGB III an erwerbsfähige hilfebedürftige Personen Vermittlungsdienstleistungen besonderer Dienststellen, wie der Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) zu erbringen (siehe: [Das arbeitnehmerorientierte Integrationskonzept der Bundesagentur für Arbeit \(SGB II und SGB III\)](#) S. 27 ff.).

**ZAV
(16.48)**

Die umfasst insbesondere die Tätigkeitsbereiche:

- Auslandsvermittlung
- Managementvermittlung
- Künstlervermittlung

Das Verfahren der Zusammenarbeit und die Einschaltung der Auslandsvermittlung regelt die [HEGA 12/08 - 59](#) - Internationale Vermittlung und Beratung.

(4) Als Ausnahme können gemäß § 22 Abs. 4 Satz 5 SGB III sog. Aufstocker, d. h. Personen, die sowohl Arbeitslosengeld als auch ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen, ergänzend zu den Leistungen des Jobcenters die folgenden Rechtsanspruchsleistungen nach dem SGB III auch gegenüber der Agentur für Arbeit geltend machen:

**Besonderheiten
Aufstocker
(16.49)**

- Vermittlungsangebot für Arbeits- und Ausbildungsstellen (§ 35 SGB III),
- Zuweisung zu einer Maßnahme nach § 46 SGB III, wenn sie sechs Monate nach Eintritt der Arbeitslosigkeit noch arbeitslos sind (§ 46 Abs. 3 SGB III),
- Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und seit Entstehen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld mindestens zwölf Monate beschäftigungslos waren,
- Erbringung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach §§ 102, 103 Nr. 1 und 3 (Übergangsgeld und Teilnahmekosten), §§ 109 und 111 SGB III,
- ein Vermittlungsgutschein gemäß § 421g SGB III (Rechtsanspruch nach SGB III geht der Ermessensleistung nach SGB II vor),
- der Gründungszuschuss gemäß § 57 SGB III oder
- die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer gemäß § 421j SGB III.

Der Gründungszuschuss sowie die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer kann der Leistungsberechtigte nur von der Agentur für Arbeit erhalten, da diese Leistungen im SGB II nicht vorgesehen sind. Alle anderen Leistungen kann sowohl das Jobcenter als auch die Agentur für Arbeit erbringen; Doppelförderungen sind auszuschließen. Leistungen, die nicht vom Jobcenter erbracht werden, können nicht Gegenstand in der Eingliederungsvereinbarung sein.

(5) Wünscht der Alg-Aufstocker eine zusätzliche Betreuung durch die Agentur für Arbeit, entscheidet diese in eigener Zuständigkeit über den Umfang der Betreuung. Soweit eine zusätzliche Betreuung von der Agentur für Arbeit stattfindet, hat das Jobcenter dennoch im Rahmen der gesetzlich übertragenen Aufgabe die Betreuung vorzunehmen. Absprachen und Schnittstellenkonzepte werden hierzu empfohlen; die Regelungen zur Zusammenarbeit mit den für die Arbeitsförderung zuständigen Stellen sind auch hierzu beachten (§ 18a bzw. für die AA § 9a SGB III).

2.1.6 Aufgabenübertragung an AA

(1) Die Geschäftsführerin/Der Geschäftsführer des Jobcenters kann nach Beschluss der Trägerversammlung einzelne Aufgaben (z.B. Arbeitgeberservice) durch die Agentur für Arbeit wahrnehmen lassen. Dabei ist im Einzelfall zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen (z.B. bzgl. Abrechnung der Kostenerstattung) der Übertragung zugestimmt werden kann und in welchem Umfang die Vorschriften des Auftragsrechts im SGB X entsprechende Anwendung finden.

**Aufgabenübertragung an AA
(16.50)**

(2) Die Regelung zur Ausbildungsvermittlung in § 22 Abs. 4 S. 3 SGB III für die Agentur für Arbeit, korrespondiert mit den speziellen Regelungen zu § 16 Abs. 4 i. V. m. § 44c Abs. 2 S. 1 Nr. 4 i. V. m. § 44b Abs. 4 i. V. m. § 44d. Auf die Ausführungen zur Übertragung der Ausbildungsvermittlung unter [Kapitel 5](#) wird verwiesen.

**Spezialregelung Ausbildungsvermittlung
(16.51)**

3. Leistungsgrundsätze gemäß § 16 Abs. 2

(1) § 16 Abs. 2 konkretisiert die Voraussetzungen für die Eingliederungsleistungen des SGB III (§ 16 Abs. 1).

**Rechtsgrundlage
(16.52)**

(2) Für die in § 16 Abs. 1 aufgeführten Leistungen gelten die Anspruchsvoraussetzungen und Rechtsfolgen des SGB III, sofern im SGB II keine abweichende Regelung getroffen wurde (§ 16 Abs. 2 S. 1). Sofern die Vorschriften des SGB III als Anspruchsvoraussetzung den Bezug von Arbeitslosengeld voraussetzen, sind anstelle der Voraussetzungen des Bezugs von Arbeitslosengeld die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld II zu prüfen. Die Anordnungsermächtigungen des Verwaltungsrates der BA und Verordnungsermächtigungen zu § 47 SGB III würden im SGB II nicht gelten (derzeit keine erlassen).

**Rechtsgrund- und Rechtsfolgenverweisungen
(16.53)**

(3) Mit dem Verweis auf die SGB III-Leistungen im § 16 Abs. 1 wird bezweckt, dass die erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen grundsätzlich die gleichen Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erhalten wie die Berechtigten im SGB III.

**Regelungszweck
(16.54)**

(4) Maßgebliche Voraussetzung für die Erbringung von Eingliederungsleistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist daher die Hilfebedürftigkeit. Der personelle Anwendungsbereich ergibt sich somit aus den Regelungen der §§ 7 ff.. Auf die Erläuterung im [Kapitel 7](#) wird verwiesen.

Beispiel:

Damit können auch erwerbstätige Bezieher von Arbeitslosengeld II, die zur Beseitigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit eine andere versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, aus dem Vermittlungsbudget gefördert werden.

In den SGB III-Vorschriften wird jedoch nicht von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen, sondern vielmehr von Arbeitslosen, Arbeitnehmern, Langzeitarbeitslosen, behinderten Menschen etc. gesprochen. Diese verschiedenen Personengruppen werden unter dem Kapitel 1 Abschnitt 2 „Berechtigte“ des SGB III in den §§ 13 - 21 SGB III aufgeführt. Diese Begriffsbestimmungen sind über § 16 Abs. 2 S. 1 entsprechend anwendbar. Sie konkretisieren die Leistungsvoraussetzungen im SGB III und müssen - soweit erforderlich - nach Sinn und Zweck der jeweiligen Förderleistung des SGB III vorliegen.

(5) Die Vorschrift des § 53a ist eine rein statistische Norm. So gelten Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung nach § 16 Abs. 1 i. V. m. den entsprechenden §§ im SGB III als nicht arbeitslos (§ 53a i. V. m. § 16 Abs. 2 SGB III). Die Vorschrift hat keine Auswirkungen auf die Erbringung von Eingliederungsleistungen.

(6) Die Leistungen des Vermittlungsbudgets (§ 45 SGB III) an erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen dürfen sowohl die Leistungen des SGB III als auch des SGB II nicht aufstocken, ersetzen oder umgehen (§ 16 Abs. 1 S. 2 – zum Sinn und Zweck der Regelung siehe [Arbeitshilfe Vermittlungsbudget](#)).

4. Anbahnung und Aufnahme einer schulischen Ausbildung (§ 16 Abs. 3)

Der Anwendungsbereich des § 45 SGB III wird durch die Regelung des § 16 Abs. 3, um die Anbahnung und Aufnahme einer schulischen Ausbildung erweitert (siehe [Arbeitshilfe Vermittlungsbudget](#)).

5. Übertragung der Ausbildungsvermittlung (§ 16 Abs. 4)

(1) Die Geschäftsführer/Der Geschäftsführer des Jobcenters kann auf Beschluss der Trägerversammlung die Ausbildungsvermittlung durch die Agenturen für Arbeit wahrnehmen lassen (§ 16 Abs. 4 i. V. m. § 44c Abs. 2 S. 1 Nr. 4 i. V. m. § 44b Abs. 4 i. V. m. § 44d). Dabei ist im Einzelfall zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen (z.B. bzgl. Abrechnung der Kostenerstattung) der Übertragung zugestimmt werden kann und in welchem Umfang die Vorschriften des Auftragsrechts im SGB X entsprechende Anwendung finden. Eine Beauftragung mit der Arbeitsvermittlung ist ausgeschlossen.

Der Auftrag darf von der Agentur für Arbeit nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Die Integrationsverantwortung verbleibt bei einer Beauftragung beim Jobcenter, solange der Status erwerbsfähige

Voraussetzung: Erwerbsfähige leistungsberechtigte Person (16.55)

Sinngemäße Anwendung der Berechtigtenbegriffes im SGB III als Voraussetzung (16.56)

Statistiknorm § 53a (16.57)

Aufstockungs-, Ersetzungs- und Umgehungsverbot (16.58)

Ausweitung schulische Ausbildung Vermittlungsbudget (16.59)

Entscheidung Trägerversammlung (16.60)

leistungsberechtigte Person besteht (siehe [Leitfaden Übertragung der Ausbildungsvermittlung von Jugendlichen im Rechtskreis SGB II](#)).

(2) Das BMAS hat eine Verordnung über die Erstattung von pauschalierten Aufwendungen bei Ausführung der Ausbildungsvermittlung erlassen (Ausbildungsvermittlungs-Erstattungs-Verordnung - AusbErstV vom 20. Dezember 2006), die Regelungen zur Pauschalierung und Zeitpunkt der Fälligkeit trifft. Die Beauftragung der AA mit der Ausbildungsvermittlung ist in der [HEGA 09/06 - 02 - Ausbildungsvermittlung für Jugendliche im Rechtskreis SGB II](#) geregelt (§ 16 Abs. 4 i. V. m. § 22 Abs. 4 S. 4 SGB III).

**Rechtsverordnung
(16.61)**

6. Zuständigkeit der BA (§ 16 Abs. 5)

Die Aufgaben nach §§ 45, 46 SGB III werden durch die gemeinsame Einrichtung (§ 44b Abs. 1) wahrgenommen. Die BA ist als Träger der Grundsicherung nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 grundsätzlich für die Entscheidung über Leistungen und Maßnahmen nach §§ 45, 46 SGB III fachlich verantwortlich (§ 44b Abs. 3); der Aufgabenbereich der Trägerversammlung ist dabei zu beachten (§ 44c SGB II). Im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit kann die BA u. a. den gesetzlich verbindlichen Rahmen definieren, um die Rechtmäßigkeit der Leistungserbringung sicherzustellen.

**Gesetzliche Aufgabenübertragung
(16.62)**

7. Leistungsberechtigte

(1) Erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen sind nach der Definition des § 7 Abs. 1 Personen, die

**Definition
(16.63)**

- das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a noch nicht erreicht haben,
- erwerbsfähig sind, d. h. gegenwärtig oder voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein können,
- i. S. d. § 9 hilfebedürftig sind
- und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Bezüglich der Konkretisierung der Anspruchsvoraussetzungen wird auf die [Fachlichen Hinweise zu §§ 7, 8, 9](#) verwiesen.

(2) Der Umgang mit Berechtigten die unter den Leistungsausschlüssen des § 7 Abs. 4, 4a, 5, 6 (Aufhebung Leistungsausschluss) fallen, wird auf die nachfolgenden Konkretisierungen sowie die [Fachlichen Hinweise zu § 7](#) verwiesen.

**Leistungsausschlüsse
(16.64)**

(3) Sofern ein Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 4 oder 4a vorliegt, besteht kein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, damit auch nicht auf Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Insbesondere wenn ein Leistungsausschluss bei der laufenden Gewährung von Eingliederungsleistungen eintritt, ist dies entsprechend zu berücksichtigen.

**§ 7 Abs. 4 oder 4a
(16.65)**

(4) Inhaftierte und Freigänger können jedoch, bei Vorliegen der Voraussetzungen nach den [Fachlichen Hinweisen zu § 7](#) Rz. 7.37e, Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erhalten.

**Inhaftierte/Freigänger
(16.66)**

(5) Vom Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 5 sind lediglich die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst. Die Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit ist dagegen möglich, wenn Leistungen zur Eingliederung in Arbeit begehrt werden und Hilfebedürftigkeit grundsätzlich vorliegt. Konkret ist zu prüfen, ob in den denkbaren Fallkonstellationen „fiktive Hilfebedürftigkeit“ i. S. d. § 9 vorliegt. Die weiteren Anspruchsvoraussetzungen des § 7 Abs. 1 müssen ebenfalls vorliegen.

**(§ 7 Abs. 5
(16.67))**

(6) Sollten Bezieher von Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld oder BAföG, bei denen ein Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 5 vorliegt, einen Zuschuss zu ihren Kosten der Unterkunft gemäß § 27 Abs. 3 erhalten, ist im Einzelfall der Anspruch auf Eingliederungsleistungen zu prüfen, soweit Leistungen begehrt werden. Sofern in diesem Fall ein Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts gegeben ist, besteht auch ein Anspruch auf Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (z. B. Bewerbungskosten aus dem Vermittlungsbudget zum Ende des Studiums).

**Zuschuss § 27 Abs. 3
(16.68)**

(7) Wenn die übrigen Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes vorliegen und der Leistungsausschluss des § 7 Abs. 5 wegen § 7 Abs. 6 nicht zum Tragen kommt, besteht ein Anspruch auf Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (beispielsweise bei Teilnehmern an berufsvorbereitenden Maßnahmen des Rechtskreises SGB III ohne eigenen Haushalt, die in BG mit den Eltern wohnen). Wird als Bedarf für die Gewährung des Ausbildungsgeldes § 12 Abs. 1 Nr. 1 BAföG zu Grunde gelegt (Ausbildungsgeld nach § 106 Abs. 1 Nr. 1), ist der Auszubildende nicht von Leistungen nach dem SGB II (und damit auch von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) ausgeschlossen. Die Ausnahme vom Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 6 Nr. 2 gilt in analoger Anwendung.

**§ 7 Abs. 6
(16.69)**

(8) Soweit die Hilfebedürftigkeit durch die Zahlung des Zuschusses für die Krankenversicherung (§ 26 Abs. 1 Nr. 2 2. Hs.) und/oder Pflegeversicherung (§ 26 Abs. 2 S. 2) vermieden wird, liegt in diesen Fällen nicht die Eigenschaft einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person vor. Die Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit ist daher nicht möglich. Gleiches gilt auch bei der Erbringung eines Zusatzbeitrages zur Vermeidung der Hilfebedürftigkeit (§ 26 Abs. 3). Durch die Formulierung „würde“ im Gesetzestext stellt der Gesetzgeber klar, dass Hilfebedürftigkeit auch bei Erbringung des Zuschusses nicht eintritt. Ein Leistungsverbot nach § 22 Abs. 4 SGB III ist für die Agentur für Arbeit nicht gegeben.

**Zuschuss
KV/PV/Zusatzbeitrag
(16.70)**

(9) Im Folgenden werden Aussagen zur Möglichkeit einer Förderung mit Leistungen zur Eingliederung in Arbeit bei den verschiedenen Möglichkeiten der Darlehensgewährung getroffen:

**Darlehensfälle
(16.71)**

- Darlehen nach § 27 Abs. 4 S. 1

Grundsätzlich umfasst der Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 5 lediglich die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Im Falle einer Darlehensgewährung nach § 27 Abs. 4 S. 1 werden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in Höhe der entsprechenden Leistungsansprüche erbracht. Sofern eine Darlehensgewährung erfolgt, besteht die Möglichkeit Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zu erbrin-

gen. Durch die Darlehensgewährung besteht Hilfebedürftigkeit, so dass die Berechtigeneigenschaft vorliegt.

- Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen (§ 24 Abs. 4)

Die Darlehensgewährung nach § 24 Abs. 4 umfasst nach dem Wortlaut ausschließlich die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die Regelung dient dazu, dass durch ein Darlehen ein Zeitraum überbrückt werden soll, bis ein tatsächlicher Zufluss von zu berücksichtigenden Einnahmen erfolgt. In dieser Fallgestaltung ist aufgrund der zu erwartenden Einnahmen eine Leistungsgewährung mangels Hilfebedürftigkeit gänzlich ausgeschlossen. D. h., Hilfebedürftigkeit liegt für den jeweiligen Monat bereits von Anfang an nicht vor. Eine Entscheidung über Eingliederungsleistungen kann daher nicht mehr ab Wegfall der Hilfebedürftigkeit bzw. ab dem Zeitpunkt der Darlehensgewährung getroffen werden, weil die Berechtigeneigenschaft nicht gegeben ist. Es kann auf die Zuständigkeit der Agentur für Arbeit verwiesen werden, soweit dort ein Anspruch auf die ggf. erforderliche Leistung gegeben ist, weil ab Wegfall der Hilfebedürftigkeit das Leistungsverbot nach § 22 Abs. 4 SGB III nicht mehr besteht.

- Darlehen bei nicht sofortiger Vermögensverwertung (§ 24 Abs. 5)

Im Falle der Darlehensgewährung nach § 24 Abs. 5 (siehe [Fachliche Hinweise zu § 24](#)) ist ebenfalls von Hilfebedürftigkeit auszugehen (§ 9 Abs. 4). Damit erfüllt dieser Personenkreis die Voraussetzungen des Berechtigten nach § 7 Abs. 1. Folglich können dem Grunde nach Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbracht werden,

(10) Die Förderung mit Dienst- oder Sachleistungen zur Eingliederung in Arbeit ist gemäß § 7 Abs. 2 auch für nicht erwerbsfähige Angehörige möglich, die mit erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Voraussetzung dabei ist, dass dadurch die Hilfebedürftigkeit der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft beendet oder verringert oder Hemmnisse bei der Eingliederung der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen beseitigt oder vermindert werden (siehe auch [Fachlichen Hinweise zu § 7](#), Rz. 7.33).

**Leistungen an nicht erwerbsfähige Angehörige
(16.72)**

8. Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a

(1) Zu den sog. sozialintegrativen Leistungen nach § 16a gehören die

- Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen (Nr. 1),
- die Schuldnerberatung (Nr. 2),
- die psychosoziale Betreuung (Nr. 3),
- die Suchtberatung (Nr. 4).

**Rechtsgrundlage
(16.73)**

(2) Der jeweilige kommunale Träger ist Träger der Leistungen nach § 16a (§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2).

**Zuständigkeit kT
(16.74)**

9. Kerngeschäft der Jobcenter

(1) Die Jobcenter sind für die rechtmäßige Erbringung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit verantwortlich. Sie handeln in gesetzlicher Aufgabenwahrnehmung für die Träger. Förderentscheidung, Prüfung der Voraussetzungen, Bewilligung der Maßnahme, Mittelbewirtschaftung, Koordinierung, Planung, Steuerung, Maßnahmekontrolle und Ahndung von Leistungsstörungen gehören zum gesetzlich geregelten Kerngeschäft der Jobcenter.

**Kerngeschäft
(16.75)**

(2) Die Jobcenter können einzelne Aufgaben von Trägern oder Dritten wahrnehmen lassen. Eine Übertragung des Kerngeschäfts oder von Teilen des Kerngeschäfts an Dritte unter Abgabe der Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der Leistungserbringung und Mittelverwendung ist nicht zulässig. Die Aufgabenübertragung des Kerngeschäfts an Dritte kann auch nicht durch eine Entscheidung der Trägerversammlung gemäß § 44c Abs. 2 Nr. 4 erfolgen.

**Keine Übertragung
an Dritte
(16.76)**

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 4	§ 1 Abs. 2 Nr. 4	Erstes Kapitel Allgemeine Vorschriften Erster Abschnitt Grundsätze	Ziele der Arbeitsförderung - Frauenförderung	Frauen	Die Leistungen sollen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 4: die berufliche Situation von Frauen verbessern, indem sie auf die Beseitigung bestehender Nachteile sowie auf die Überwindung eines geschlechtsspezifisch geprägten Ausbildungs- und Arbeitsmarktes hinwirken und Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gefördert werden.
Satz 2	§ 29	Drittes Kapitel Beratung und Vermittlung Erster Abschnitt Beratung	Beratungsangebot	Jugendliche und Erwachsene, Arbeitgeber	Durch die Regelung wird eine auf den Einzelfall bezogene Beratungspflicht gegenüber den Personengruppen (§ 29 Abs. 1, Abs. 2) bestimmt. Der internationale Arbeitsmarkt soll einbezogen werden (Abs. 3).
Satz 2	§ 30		Berufsberatung		§ 30 konkretisiert die wesentlichen Inhalte der Berufsberatung (§ 29).
Satz 2	§ 31		Grundsätze der Berufsberatung		§ 31 legt die Grundsätze der Berufsberatung fest (Abs.1) und stellt die Beratung in das Ermessen (Abs. 2).
Satz 2	§ 32		Eignungsfeststellung	Jugendliche und Erwachsene	Ärztliche und psychologische Untersuchung und Begutachtung zur Feststellung der Berufseignung oder Vermittlungsfähigkeit.
Satz 2	§ 33		Berufsorientierung	Jugendliche und Erwachsene	Inhalt und Begriff der Berufsorientierung werden bestimmt.
Satz 2	§ 34		Arbeitsmarktberatung	Arbeitgeber	Der Sinn der Arbeitsmarktberatung (§ 34 Abs. 1 S. 1) und die Elemente der Arbeitsmarktberatung (Abs. 1 S. 2) werden bestimmt. Auf die Arbeitgeber kann initiativ zugegangen werden, zur Förderung einer besseren Zusammenarbeit (Abs. 2)
Satz 1	§ 35	Drittes Kapitel Beratung und Vermittlung Zweiter Abschnitt Vermittlung	Vermittlungsangebot	Ausbildungssuchende, Arbeitssuchende und Arbeitgeber	Der Begriff der Vermittlung (§ 35 Abs. 1) und das Ziel der Vermittlung mit ihren Grundsätzen (Abs. 2) werden bestimmt.

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 1	§ 36	“	Grundsätze der Vermittlung	Ausbildungssuchende, Arbeitsuchende und Arbeitgeber	Die Vorschrift stellt die Gebote der Vermittlung auf. Es darf keine Vermittlung bei Verstoß gegen Gesetz oder gegen die guten Sitten erfolgen (§ 36 Abs. 1). Bei Vermittlung sind unzulässige Einschränkungen durch den Arbeitgeber zu prüfen (Abs. 2).
Satz 2	§ 37		Potenzialanalyse und Eingliederungsvereinbarung	Ausbildungssuchende, Arbeitsuchende	Feststellung, der für die Vermittlung erforderlichen beruflichen und persönlichen Merkmale, die beruflichen Fähigkeiten und Eignungen (Potenzialanalyse) sowie der Eingliederungerschwörungen. Keine Anwendung findet die dort genannte Eingliederungsvereinbarung (§ 15 SGB II verdrängt § 37 Abs. 2).
Satz 2	§ 38		Rechte und Pflichten der Ausbildungs- und Arbeitssuchenden	Personen, deren Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis endet	Die Verpflichtungen für Personen deren Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis endet (§ 38 Abs. 1 - nur für die Agentur für Arbeit maßgeblich) und für Personen die Dienstleistungen zur Ausbildung- oder Arbeitsuche nutzen (Abs. 2) sind von der Vorschrift geregelt. Ferner wird bestimmt bis wann Arbeits- (Abs. 3) und Ausbildungsvermittlung (Abs. 4) durchzuführen ist.
Satz 2	§ 39		Rechte und Pflichten der Arbeitgeber	Arbeitgeber	Die Vorschrift regelt Verpflichtungen für Arbeitgeber, die Dienstleistungen in Anspruch nehmen (§ 39 Abs. 1). Daneben bestimmt die Norm, wann einem Arbeitgeber Beratung angeboten (Abs. 2) und wann die Vermittlung schließlich eingestellt werden kann (Abs. 3).
Satz 2	§ 41	Drittes Kapitel Beratung und Vermittlung	Allgemeine Unterrichtung	Ausbildungssuchende, Arbeitsuchende	Es besteht die Verpflichtung Informationsmöglichkeiten für Ausbildung- und Arbeitsuchende und Arbeitgeber über freie Stellen zu unterrichten (§ 41 Abs. 1, Abs. 2). Für die davon betroffenen besteht Datenschutz (Abs. 3).
Satz 2	§ 42	Dritter Abschnitt Gemeinsame Vorschriften	Einschränkung des Fragerechts	Ausbildungssuchende, Arbeitsuchende	Das Recht Daten zu erheben wird aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes eingeschränkt, indem das Fragerecht nicht über das des Arbeitgebers bei einem Einstellungsgespräch hinaus gehen darf (§ 42 S. 1). Satz 2 und Satz 3 regelt die Ausnahmen.

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 43	“	Ausnahmen von der Unentgeltlichkeit	Ausbildungssuchende, Arbeitsuchende und Arbeitgeber	Die Regelung bestimmt den Grundsatz der Unentgeltlichkeit für die Beratung und Vermittlung (§ 43 Abs. 1) sowie für Arbeitgeber die Ausnahmen von diesem Grundsatz (Abs. 2 und Abs. 3) für Arbeitgeber.
Satz 2	§ 45	Viertes Kapitel Leistungen an Arbeitnehmer Erster Abschnitt Vermittlungsunterstützende Leistungen	Förderung aus dem Vermittlungsbudget Arbeitshilfe	Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeit- und Ausbildungssuchende	§ 45 regelt die Leistungen, die unmittelbar der Anbahnung und Aufnahme einer ungeforderten Beschäftigung dienen, dazu werden die Ziele in Form von Mindestinhalten (Abs. 3), die Art und Weise (Ermessen) der Förderung (Abs. 1) und die berechtigten Personen (Abs. 1 S. 1) bestimmt. Abs. 2 lässt auch die Förderung einer Beschäftigungsaufnahme in einem Mitgliedstaat der EU zu.
Satz 4	§ 46 Abs. 3		Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung Arbeitshilfe	Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeit- und Ausbildungssuchende (Arbeitgeber und Träger)	§ 46 regelt „die Übernahme der Kosten an einen Träger oder Arbeitgeber“, also keine Leistungserbringung an Leistungsberechtigte selbst, während Leistungen nach § 45 i. d. R. direkt an die Arbeitsuchenden und Arbeitslosen erfolgen können. Arbeitslose können die Zuweisung in eine Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung verlangen, wenn sie sechs Monate nach Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit noch arbeitslos sind (§ 46 Abs. 3).
Satz 4	§ 77 Abs. 3	Viertes Kapitel Leistungen an Arbeitnehmer Sechster Abschnitt Förderung der beruflichen Weiterbildung Arbeitshilfe	Grundsatz	Arbeitnehmer	Die teilnehmer- und maßnahmebezogenen Voraussetzungen für eine Förderung sind in einer Grundsatzvorschrift zusammengefasst. Durch den Verweis gelten Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 (§ 77 Abs. 3).
Satz 2	§ 79		Weiterbildungskosten	Arbeitnehmer	Teilnehmer können nach Maßgabe der §§ 79ff. durch Übernahme im Gesetz abschließend benannten Sachkosten gefördert werden. Die Vorschrift bestimmt die Leistungsvoraussetzungen (Abs. 1) und die Auszahlungsregelungen (Abs. 2). Die Feststellung, ob die Kosten dem Grunde nach erstattungsfähig sind, ist keine Frage des Ermessens.

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 80	“	Lehrgangskosten	Arbeitnehmer	§ 80 legt abschließend fest, welche Kostenarten als Lehrgangskosten erstattungsfähig sind. Es können auch die Kosten übernommen werden, die nicht Lehrgangskosten im engeren Sinne sind, sondern unvermeidbar durch das Ausscheiden eines Teilnehmers entstehen (S. 2).
Satz 2	§ 81		Fahrkosten	Arbeitnehmer	§ 81 regelt den Bedarf für Fahrkosten im Rahmen der Weiterbildungskosten. Dazu werden die übernahmefähigen Fahrten festgelegt (Abs. 1), die für diese Fahrten erstattungsfähigen Kosten (Abs. 2) und eine Kostenbegrenzung für Pendelfahrten (Abs. 3).
Satz 2	§ 82		Kosten für auswärtige Unterbringung und Verpflegung	Arbeitnehmer	Die Kosten können für eine auswärtige Unterbringung und Verpflegung bis zu bestimmten Höchstbeträgen übernommen werden, wenn die auswärtige Unterbringung erforderlich ist (§ 82).
Satz 2	§ 83		Kinderbetreuungskosten	Arbeitnehmer	Kinderbetreuungskosten gehören zu den nach § 79 Abs. 1 Nr. 4 erstattungsfähigen Kostenarten. § 83 legt einen Pauschalbetrag fest.
Satz 2	§ 84		Anforderungen an den Träger	Träger	Die Vorschrift bestimmt die Voraussetzungen zur Zulassung von Trägern nach bestimmten Kriterien, die durch eine fachkundige Stelle festzustellen sind. Sie ist die erste institutionelle Voraussetzung für die individuelle Förderung (§ 77 Abs. 1 S. 1 Nr. 3).
Satz 2	§ 85		Anforderungen an Maßnahmen	Träger	Die Vorschrift bestimmt die Voraussetzungen für die Zulassung der Maßnahme zur Förderung. Diese sind orientiert an spezifischen Kriterien der Wissensvermittlung (§ 85 Abs. 1), der Dauer (Abs. 2) und den Zielen (Abs. 3). Negative Kriterien bestimmen den Ausschluss (Abs. 4) und das Nichtvorliegen einer Weiterbildung (Abs. 5). Sie ist die erste institutionelle Voraussetzung für die individuelle Förderung (§ 77 Abs. 1 S. 1 Nr. 3).

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck <i>(Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)</i>
Satz 2	§ 86	“	Qualitätsprüfung	Träger	Die Vorschrift dient der Qualitätssicherung und regelt dazu die Überwachung und die diese ermöglichende Rechte im Hinblick auf Durchführung und Erfolge der Maßnahme (§ 86 Abs. 1). Es wird dazu weiter das Recht eingeräumt, zu verlangen, dass festgestellte Mängel unter Fristsetzung beseitigen werden (Abs. 2), und dass die fachkundige Stelle darüber umfassend informiert wird (Abs. 3).
Satz 2	§ 217	Fünftes Kapitel Leistungen an Arbeitgeber Erster Abschnitt Eingliederung von Arbeitnehmern	Grundsatz	Arbeitgeber	Durch die §§ 217 - 222 werden Leistungen an Arbeitgeber bestimmt, die eine Beschäftigung voraussetzen. Die Zuschüsse dienen der Eingliederung von Arbeitnehmern mit Vermittlungshemmnissen (§ 217 S. 1). Bei Ausübung des Ermessens sind der Umfang der Minderleistung des Arbeitnehmers und das Eingliederungserfordernis zu berücksichtigen (S. 2).
Satz 2	§ 218	Erster Unterabschnitt Eingliederungszuschüsse	Eingliederungszuschuss	Arbeitgeber	Die Obergrenzen für die Höhe und die Dauer der Förderung nach § 217 SGB III wird bestimmt (§ 218 Abs. 1). Diese Grenzen werden für schwerbehinderte und behinderte Menschen erhöht (Abs. 2 S. 1). Nach Ablauf von 12 Monaten ist der Eingliederungszuschuss um mindestens 10 Prozent zu vermindern (Abs. 2 S. 2).
Satz 2	§ 219		Eingliederungszuschuss für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen	Arbeitgeber	Gewährung von Eingliederungszuschüssen an Arbeitgeber für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen im Sinne des § 104 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a bis d und ihnen nach § 2 Abs. 3 SGB IX gleichgestellte behinderte Menschen. Die Leistungen werden an den Arbeitgeber als Zuschuss zum Arbeitsentgelt gezahlt. Die Entscheidung über das "Ob" der Leistungsgewährung und das "Wie" (Art, Höhe und Dauer) des Zuschusses steht im Ermessen.
Satz 2	§ 220		Berücksichtigungsfähiges Arbeitsentgelt und Auszahlung des Zuschusses	Arbeitgeber	Bestimmung des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgeltes und Festlegung der monatlichen Festbeträge.

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 221	“	Förderungsausschluss und Rückzahlung	Arbeitgeber	Durch den Ausschluss von Förderung durch zwei Sondertatbestände (§ 221 Abs. 1) soll Missbrauch verhindert werden. Im Absatz 2 werden die Pflichten zur Rückzahlung bestimmt.
Satz 2	§ 223	Fünftes Kapitel Leistungen an Arbeitgeber Erster Abschnitt Eingliederung von Arbeitnehmern Zweiter Unterabschnitt Eingliederungsgutschein	Eingliederungsgutschein für ältere Arbeitnehmer	Arbeitnehmer	Wiedereingliederung von älteren Arbeitslosen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben.
Satz 2	§ 235a	Fünftes Kapitel Leistungen an Arbeitgeber Zweiter Abschnitt Einstiegsqualifizierung, berufliche Aus- und Weiterbildung und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung schwerbehinderter Menschen	Arbeitgeber	Eingliederung schwerbehinderter Menschen in den Arbeitsmarkt durch den Zuschuss zur Ausbildungsvergütung (§ 235a Abs. 1 und Abs. 2) und den Zuschuss zur Eingliederung in ein Arbeitsverhältnis nach geförderter Aus- oder Weiterbildung (Abs. 3).
Satz 2	§ 235b	Einstiegsqualifizierung, berufliche Aus- und Weiterbildung und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben Erster Unterabschnitt Förderung der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung	Einstiegsqualifizierung	Arbeitgeber	Zweck dieser Leistung ist die Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb betrieblicher Handlungsfähigkeit (§ 235b Abs. 1 S. 2). Voraussetzung (Abs. 2) für eine Förderung der Einstiegsqualifizierung auf einen anerkannten Ausbildungsberuf ist ein Vertrag mit dem Auszubildenden gemäß § 26 Berufsbildungsgesetz. Förderfähig sind nur gemeldete Ausbildungsbewerber mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach der bundesweiten Nachvermittlungsaktion keinen Ausbildungsplatz erworben haben, Ausbildungssuchende, die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsreife verfügen, und lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Ausbildungssuchende (Abs. 4).

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 235c	“	Förderung der beruflichen Weiterbildung	Arbeitgeber	Förderungsfähig ist die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmern, bei denen die Notwendigkeit der Weiterbildung wegen eines fehlenden Berufsabschlusses anerkannt ist (§ 235c Abs. 1). Berechnungsgrundlage ist das Arbeitsentgelt einschließlich des darauf entfallenden pauschalierten Gesamt-Sozial-Versicherungsbeitrages (Abs. 2).
Satz 2	§ 236	Fünftes Kapitel Leistungen an Arbeitgeber	Ausbildung behinderter Menschen	Arbeitgeber	Möglichkeiten der betrieblichen Aus- und Weiterbildung von behinderten Menschen sollen durch Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung an Arbeitgeber verbessert werden (§ 236 Abs. 1). Berechnet wird der Zuschuss als Anteil an der monatlichen Ausbildungsvergütung (Abs. 2).
Satz 2	§ 237	Zweiter Abschnitt Einstiegsqualifizierung, berufliche Aus- und Weiterbildung und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	Arbeitshilfen für behinderte Menschen	Arbeitgeber	Die behindertengerechte Ausgestaltung von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen soll durch Zuschüsse an den Arbeitgeber gefördert werden, mit dem Ziel dauerhafter beruflicher Eingliederung.
Satz 2	§ 238	Zweiter Unterabschnitt Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben Arbeitshilfe	Probebeschäftigung behinderter Menschen	Arbeitgeber	Dem Arbeitgeber können die Kosten für eine befristete Probebeschäftigung, wie Lohn-, Gehalts- oder Lohnnebenkosten, behinderter und schwerbehinderter Menschen und den ihnen gleichgestellten Menschen in vollem Umfang erstattet werden, um die Möglichkeit der beruflichen Eingliederung zu verbessern.

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 240	Sechstes Kapitel Leistungen an Träger Erster Abschnitt Förderung der Berufsausbildung Arbeitshilfen	Unterstützung und Förderung der Berufsausbildung	Träger	Die Förderung der Berufsausbildung förderungsbedürftiger Jugendlicher durch Leistungen an Träger i. S. d. § 21 wird geregelt (§ 240 Abs. 1). Dabei ist die Ausbildungsförderung auf die Zielgruppe benachteiligter Jugendlicher i. S. d. § 245 beschränkt, deren Eingliederungschancen durch begleitende Hilfen und eigenständige Ausbildungsmaßnahmen verbessert werden sollen. Die konkrete Ausgestaltung allgemein förderfähigen Maßnahmen (Abs. 1) werden in den §§ 241 bis 243 geregelt. Der Begriff der Berufsausbildung ist eigenständig (Abs. 2) definiert ebenso die Anwendung des Vergaberechts (Abs. 3).
Satz 2	§ 241		Ausbildungsbegleitende Hilfen	Träger	Diese Vorschrift bestimmt die förderungsfähigen Maßnahmen (i. S. d. § 240), die vom Träger in Ergänzung zur betrieblichen Ausbildung für benachteiligte Jugendliche erbracht werden.
Satz 2	§ 242		Außerbetriebliche Berufsausbildung	Träger	Bestimmung der förderungsfähigen Maßnahmen als außerbetriebliche Berufsausbildung (§ 242 Abs. 1). Die Überführung in eine betriebliche Ausbildung ist durchgängige Aufgabe (Abs. 2).
Satz 2	§ 243		Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung	Träger	Für förderungsbedürftige Jugendliche erfolgt eine Bestimmung förderungsfähiger Maßnahmen in Gestalt der Begleitung während einer Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 243 Abs. 1) und der zur Unterstützung von Arbeitgebern mit bis zu 500 Beschäftigten im Zusammenhang mit der Berufsausbildung, der -ausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz und der Einstiegsqualifizierung (Abs. 2).
Satz 2	§ 244		Sonstige Förderungsvoraussetzung	Träger	Bestimmung von Fördervoraussetzungen für die Maßnahmen nach den §§ 241, 242 und 243 Abs. 1 die durch den Träger zu erfüllen sind.

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 245	“	Förderungsbedürftige Jugendliche	Träger	Förderungsbedürftig sind lern- und sozial benachteiligte Jugendliche, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne die Förderung Berufsausbildungsvorbereitungen, Einstiegsqualifizierungen, eine Berufsausbildung oder ein Arbeitsverhältnis nicht begründen, fortsetzen oder erfolgreich beenden können (§ 245 Abs. 1 S. 1). Abs. 1 S. 2 erweitert den förderfähigen Personenkreis.
Satz 2	§ 246		Leistungen	Träger	Die Vorschrift bestimmt den Leistungsumfang (§ 246 Abs. 1). Die Höhe des Zuschuss zur Ausbildungsvergütung in einer außerbetrieblichen Ausbildungsvergütung wird begrenzt (Abs. 2) und die Maßnahmekosten werden definiert (Abs. 3). Die Leistungserbringung ist nachrangig, kann durch Dritte aber aufgestockt werden (Abs. 2).
Satz 2	§ 417	Dreizehntes Kapitel Einzelnormen	Förderung beschäftigter Arbeitnehmer	Arbeitnehmer	Die Regelung gilt für Maßnahmen, die bis zum 31.12.2011 begonnen haben (§ 417 S. 1 Nr. 6).
Satz 2	§ 421f		Eingliederungszuschuss für Ältere	Arbeitgeber	Die Regelung gilt für Förderungen, die bis zum 31.12.2011 begonnen haben (§ 421f Abs. 5).
Satz 2	§ 421g		Vermittlungsgutschein	Arbeitnehmer	Zur Unterstützung seiner Vermittlung in Arbeit kann der erwerbsfähige Hilfebedürftige einen Vermittlungsgutschein erhalten, mit dem er einen oder mehrere private Arbeitsvermittler seiner Wahl bei seiner Stellensuche einschalten kann. Die Kosten für seine Vermittlungstätigkeit kann der private Arbeitsvermittler mit dem Vermittlungsgutschein beim Jobcenter geltend machen. Die Regelung gilt bis zum 31.12.2011 (§ 421g Abs. 4 S. 1).
Satz 2	§ 421k		Tragung der Beiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung älterer Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Die Regelung gilt nur noch für Beschäftigungsverhältnisse, die vor dem 1. Januar 2008 begründet worden sind (§ 421k Abs. 2).

Verweisung des § 16 Abs. 1 SGB II	Norm des SGB III	Inhaltsübersicht des SGB III	Bezeichnung der Eingliederungsleistung	Berechtigte/-Begünstigte	Normzweck (Eine Paragraphennennung ohne Gesetzeszitation bezieht sich auf das SGB III.)
Satz 2	§ 421n	“	Außerbetriebliche Berufsausbildung ohne vorherige Teilnahme an einer auf den Beruf vorbereitenden Maßnahme	Träger	Die Möglichkeit galt bis 31.12.2010 (§ 421 n).
Satz 2	§ 421o		Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Die Regelung gilt für Förderungen, die bis zum 31. Dezember 2010 begonnen haben (§ 421o Abs. 10).
Satz 2	§ 421p		Eingliederungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Die Regelung gilt für Förderungen, die bis zum 31. Dezember 2010 begonnen haben (§ 421p Abs. 3).
Satz 2	§ 421q		Erweiterte Berufsorientierung	Jugendliche und Erwachsene	Abweichend von § 33 Satz 4 können bis zum 31. Dezember 2013 Berufsorientierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und außerhalb der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden.
Satz 2	§ 421 t Abs. 4 bis 6		Sonderregelungen zu Kurzarbeitergeld, Qualifizierung und Arbeitslosengeld	Arbeitnehmer	Regelungen der Absätze 4 und 5 sind entfallen. Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Weiterbildung die bis 31.12.2010 begonnen haben, können gefördert werden (§ 421t Abs. 6).

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – Leistungskonkurrenzen (ohne ALG-Aufstocker; siehe hierzu [Anlage 3](#))

Leistungsart	SGB II	SGB III	SGB IX
		BA immer Leistungsträger	
Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB III			
Vermittlungsbudget § 45	X		
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflicher Eingliederung § 46	X		
Ausbildung § 60			
allgemeine Leistungen		X	
- BAB/Reha §§ 65, 67, 68 (Bedarf für Lebensunterhalt und Ausbildung)		X	
Berufsvorbereitung § 61			
allgemeine Leistungen		X	
- BAB/Reha §§ 66 – 68 (Bedarf für Lebensunterhalt, Fahrkosten, sonstige Aufwendungen)		X	
- Lehrgangskosten § 69		X	
Ausbildung und Berufsvorbereitung §§ 102 ff.			
besondere Leistungen:			
- Ausbildungsgeld § 45 (5) Nr. 1 SGB IX i. V. m. § 104		X	
- Teilnahmekosten § 109		X	
- Behinderungsbedingte Mehraufwendungen § 109 (1) S. 2		X	
- Sonderfälle Unterkunft u. Verpflegung §§ 109 (1) S. 2, 111		X	
Blindentechische und vergleichbare spezielle Grundausbildungen § 102 (1) für Jugendliche		X	
Berufliche Weiterbildung § 77			
allgemeine Leistungen § 79	X		
besondere Leistungen § 102:			
- Teilnahmekosten § 109	X		
- Behinderungsbedingte Mehraufwendungen § 109 (1) S. 2	X		
- Sonderfälle Unterkunft u. Verpflegung §§ 109 (1) S. 2, 111	X		
Leistungen nach dem Fünften Kapitel SGB IX i. V. m. SGB III			
Eignungsabklärung § 33(4)			X
Arbeitserprobung § 33 (4)			X
Training lebenspraktischer Fähigkeiten § 33 (6) Nr. 6			X
Beteiligung von IFD § 33 (6) Nr. 8			X

Kfz- Hilfe § 33 (8) Nr. 1			X
Verdienstaufschlag § 33 (8) Nr. 2			X
Arbeitsassistenz § 33 (8) Nr. 3			X
Hilfsmittel § 33 (8) Nr. 4			X
technische Arbeitshilfen § 33 (8) Nr. 5			X
Wohnungshilfe § 33 (8) Nr. 6			X
Unterstützte Beschäftigung § 38a			X
Leistungen an Arbeitgeber nach dem Fünften Kapitel SGB III			
Ausbildungszuschüsse § 236 SGB III	X		
Ausbildungszuschüsse für sbM § 235a SGB III	X		
Eingliederungszuschüsse § 34 SGB IX i. V. m. § 218 SGB III	X		
Eingliederungszuschüsse für sbM § 219 SGB III	X		
Arbeitshilfen im Betrieb § 237 SGB III	X		
Probebeschäftigungen § 238 SGB III	X		
Maßnahmen im EV u. BBB in WfbM § 40 (1) SGB IX i. V. m. § 102 (2) SGB III			
Abg § 107 SGB III		X	
Teilnahmekosten § 109 SGB III		X	

Hinweis: Die allgemeinen Leistungen BaE und abH unterliegen ebenfalls der Leistungsverpflichtung nach § 16 Abs. 1 SGB II und damit dem Jobcenter/zkT.

**Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben an ALG-Aufstocker –
Leistungskonkurrenzen**

Leistungsart	SGB II	SGB III	SGB IX
		BA immer Leistungsträger	
Leistungen nach dem dritten Kapitel SGB III			
Vermittlungsbudget § 45	X		
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflicher Eingliederung § 46 Abs. 1, 2	X		
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflicher Eingliederung § 46 Abs. 3		X	
Ausbildung § 60			
allgemeine Leistungen		X	
- BAB/Reha §§ 65, 67, 68 (Bedarf für Lebensunterhalt und Ausbildung)		X	
Berufsvorbereitung § 61			
allgemeine Leistungen		X	
- BAB/Reha §§ 66 – 68 (Bedarf für Lebensunterhalt, Fahrkosten, sonstige Aufwendungen)		X	
- Lehrgangskosten § 69		X	
Ausbildung und Berufsvorbereitung §§ 102 ff.			
besondere Leistungen:			
- Ausbildungsgeld § 45 (5) Nr.1 SGB IX i. V. m. § 104		X	
- Teilnahmekosten § 109		X	
- Sonderfälle Unterkunft u. Verpflegung § 111		X	
Blindentechische und vergleichbare spezielle Grundausbildungen § 102 (1) für Jugendliche		X	
Berufliche Weiterbildung § 77			
allgemeine Leistungen:			
- Weiterbildungskosten § 79	X		
- ALG W § 117 Abs. 1 Nr. 2		X	
besondere Leistungen § 102:			
- Teilnahmekosten § 109		X	
- Sonderfälle Unterkunft u. Verpflegung § 111		X	
- Übergangsgeld § 103 Satz 1 Nr. 1		X	
Leistungen nach dem Fünften Kapitel SGB IX i. V. m. SGB III			
Eignungsabklärung § 33(4)			X
Arbeitserprobung § 33 (4)			X

Training lebenspraktischer Fähigkeiten § 33 (6) Nr. 6			X
Beteiligung von IFD § 33 (6) Nr. 8			X
Kfz- Hilfe § 33 (8) Nr. 1			X
Verdienstausfall § 33 (8) Nr. 2			X
Arbeitsassistent § 33 (8) Nr. 3			X
Hilfsmittel § 33 (8) Nr. 4			X
technische Arbeitshilfen § 33 (8) Nr. 5			X
Wohnungshilfe § 33 (8) Nr. 6			X
Unterstützte Beschäftigung § 38a			X
Leistungen an Arbeitgeber nach dem Fünften Kapitel SGB III			
Ausbildungszuschüsse § 236 SGB III	X		
Ausbildungszuschüsse für sbM § 235a SGB III	X		
Eingliederungszuschüsse § 34 SGB IX i. V. m. § 218 SGB III	X		
Eingliederungszuschüsse für sbM § 219 SGB III	X		
Arbeitshilfen im Betrieb § 237 SGB III	X		
Probebeschäftigungen § 238 SGB III	X		
Maßnahmen im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich in WfbM § 40 (1) SGB IX i. V. m. § 102 (2) SGB III			
Abg § 107 SGB III		X	
Teilnahmekosten § 109 SGB III		X	

Hinweis: Die allgemeinen Leistungen BaE und abH unterliegen ebenfalls der Leistungsverpflichtung nach § 16 Abs. 1 SGB II und damit dem Jobcenter/zkT.